

**Druckvorlage zur öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrates Neureutes am
04.11.2008**

Zu Punkt 2 der T.O.: **Auswertung der Meldungen Kindeswohlgefährdung 2007**

Die Vorstellung der Auswertung erfolgte am 24.09.2008 im Jugendhilfeausschuss des Karlsruher Gemeinderates. Der Leiter des Sozialen Dienstes der Sozial- und Jugendbehörde, Herr Niederbühl, wird nunmehr im Neureuter Ortschaftsrat darüber berichten.

Im Jahr 2007 gingen beim Sozialen Dienst insgesamt 524 Meldungen wegen Kindeswohlgefährdung ein. Diese Zahl bedeutete gegenüber dem Jahr 2006 eine Steigerung von 40 %.

Die Steigerung der Meldungen übertraf alle Prognosen. Die Aufmerksamkeit der Karlsruher Bevölkerung und Institutionen bei Fragen des Kindeswohls ist positiv zu bewerten.

Bei 53 % der Meldungen lag Kindeswohlgefährdung vor.

Der Anteil der Meldungen, bei dem der Soziale Dienst zu dem Schluss kam, dass Kindeswohlgefährdung vorlag, ist hoch.

Knapp die Hälfte der Meldungen betrafen Kinder im Alter von 0-6 Jahren (Abb. 1).

Durch den hohen Anteil von Meldungen, die Kinder unter 6 Jahren betrafen, erhöhten sich die Hilfen zur Erziehung des Sozialen Dienstes für jüngere Kinder. Der Schwerpunkt der Hilfen lag früher bei älteren Kindern.

Die meisten Meldungen kamen aus dem familiären Umfeld und von der Polizei (Abb. 2).

Der Anteil von Meldern, die anonym bleiben wollten, ist mit 4 % sehr gering.

Die häufigste Form der Kindeswohlgefährdung war Vernachlässigung (Abb. 3).

Die Vernachlässigung war zwar die am häufigsten anzutreffende Form der Kindeswohlgefährdung. Allerdings sind die 47 Fälle, in denen häusliche Gewalt und

Kindeswohlgefährdung zutraf, sowie die 45 Fälle von körperlicher Misshandlung, ebenfalls bemerkenswert.

In 38 Fällen wurde das Familiengericht informiert.

In diesen Fällen ergab sich die Schwierigkeit, dass die Eltern die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Hilfen nicht erkennen konnten und das Familiengericht eingeschaltet werden musste.

In 162 (!) Fällen (Abb. 4) waren Hilfen zur Erziehung oder so genannte Inobhutnahmen notwendig. 67 Kinder wurden nach der Meldung und deren Überprüfung im Heim oder in einer Pflegefamilie untergebracht.

In einer hohen Zahl von Fällen war es möglich und notwendig, so genannte Hilfen zur Erziehung oder Inobhutnahmen durchzuführen. Dadurch wurden auch Kinder, Jugendliche und Familien erreicht, die bisher keine Jugendhilfen bekamen. Bei Bereitschaftspflegefamilien und bei Pflegefamilien kam es zu Engpässen. Fallzahlensteigerungen bei den Hilfen zur Erziehung und Kostensteigerungen waren eine weitere Folge.

Konsequenzen beim Personalbedarf

Aufgrund der Steigerung der Meldungen/Kindeswohlgefährdungen im **Jahr 2006** wurden beim Sozialen Dienst (einschließlich Durlach) insgesamt 5 neue Planstellen eingerichtet. Die oben geschilderten Steigerungen des **Jahres 2007** sind damit allerdings nicht aufgefangen. Die zwischenzeitlich angelaufene Organisationsuntersuchung der Gemeindeprüfungsanstalt zur Festlegung des Personalbedarfs für die Bezirkssozialarbeit im Stadtkreis Karlsruhe soll Erkenntnisse hierüber liefern.

Abb. 1

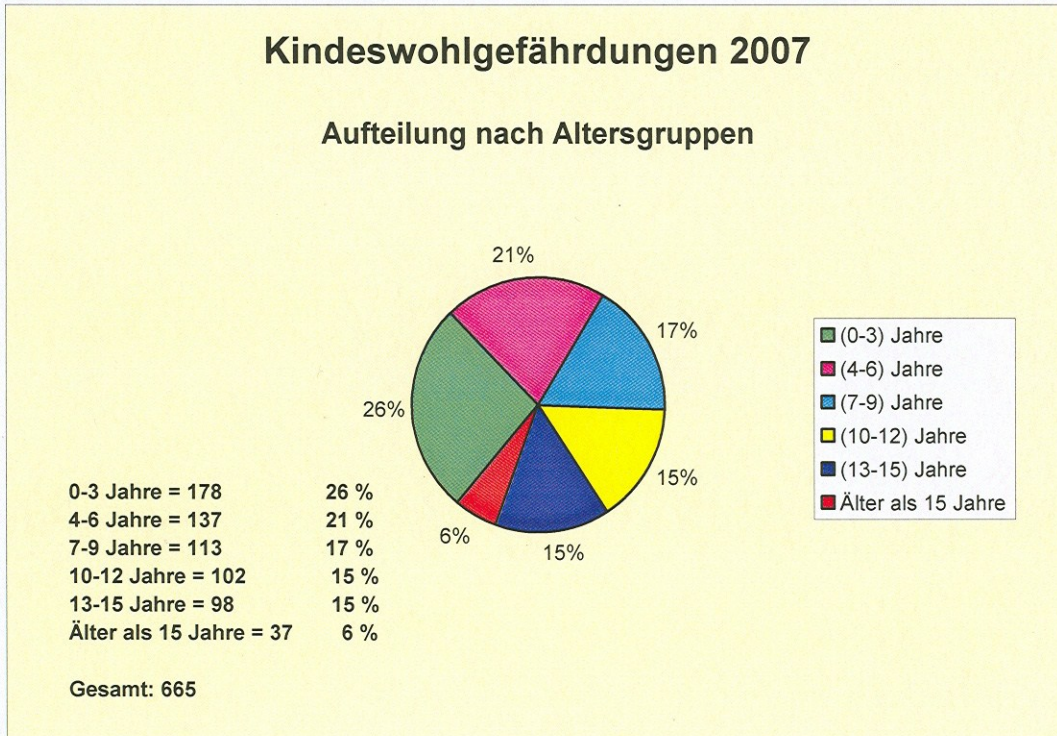


Abb. 2

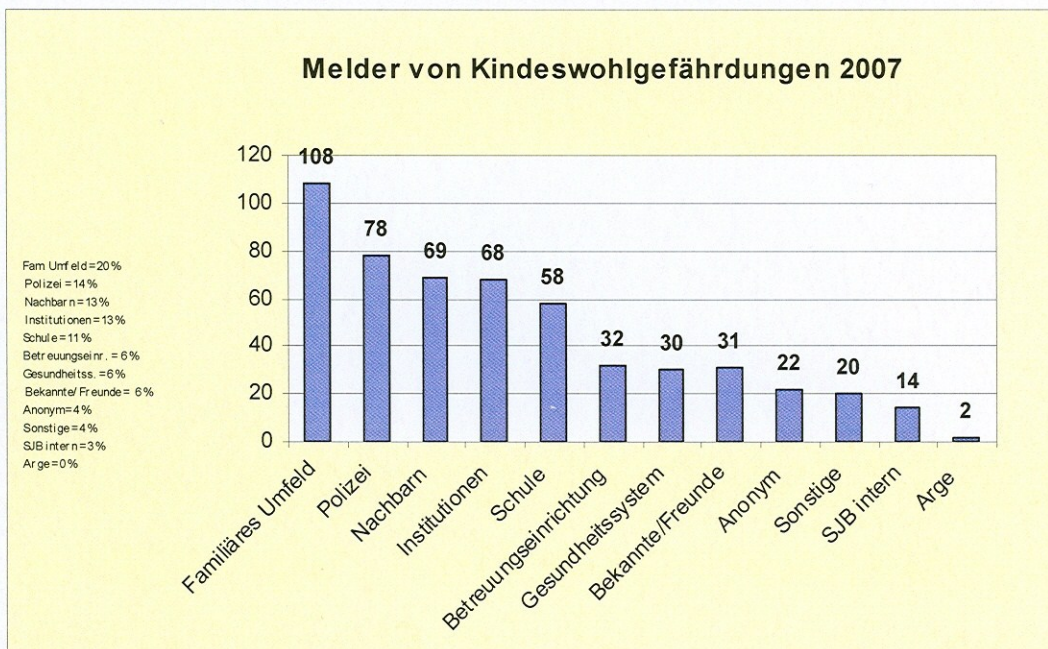


Abb. 3

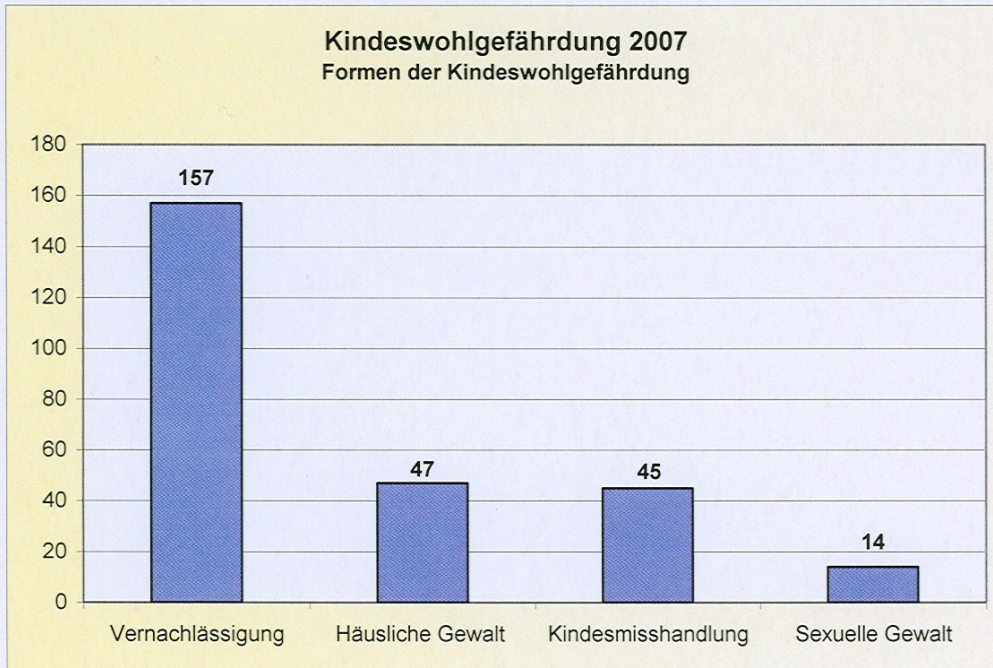


Abb. 4

